

Verschleppte Prozesse; Straffreiheit für Kriegsverbrecher in Kosovo

26/03/2015 - Neue Zürcher Zeitung / Schweiz

Obwohl es sich vor einem Jahr dazu verpflichtet hat, schiebt das kosovarische Parlament die Gründung eines Gerichtshofs für Verbrechen der UCK hinaus. Die Zeit arbeitet für die Täter.

Kosovo müsse unverzüglich den Weg zur Bildung eines Sondergerichtshofes freimachen, der Verbrechen ahnde, welche die UCK-Rebellen im Sommer und Herbst 1999 an Serben, Roma und Albanern begangen hätten. Wiederholt und vergeblich haben in den letzten Tagen und Wochen westliche Botschafter die Behörden aufgefordert, ihrer Pflicht nachzukommen.

Im April 2014 hatte sich das Parlament gegenüber der EU Es soll kosovarisches Recht anwenden, aber mit internationalen Richtern besetzt werden und voraussichtlich in den Niederlanden tagen. Seither wird das Projekt verschleppt. Die Anpassung von Gesetzen und Verfassungsartikeln steht immer noch aus. Zuletzt diente die sechs Monate dauernde Regierungsbildung als Begründung für Verzögerungen. Dass der ehemalige Chef des UCK-«Geheimdienstes» heute Parlamentspräsident ist, macht die Wahrscheinlichkeit nicht grösser, dass das Sondergericht bald entsteht.

Die Botschafter und Brüssels Gesandter in Kosovo drohen nun: Werde das Geschäft weiter verschleppt, etabliere der Uno-Sicherheitsrat das Gericht. Dieser bezöge sich dann zweifellos auf seine Resolution 1244, welche Kosovo als Teil Serbiens (als Rechtsnachfolger Jugoslawiens) bezeichnet. Was dieser Schritt für die ohnehin umstrittene Staatlichkeit Kosovos bedeutete, liegt auf der Hand – vom Imageschaden ganz zu schweigen.

Das Gericht soll jene Verbrechen untersuchen, auf die 2010 der damalige Berichterstatter des Europarats, Dick Marty, aufmerksam gemacht hatte: Die systematische Verfolgung von Serben, Roma und Albanern, die dem Machtanspruch der UCK-Warlords im Weg standen. Ebenfalls untersucht wird der Vorwurf der Marty wies die Verantwortung dafür der sogenannten «Drenica-Gruppe» um den UCK-Führer Hashim Thaci zu, die ethnische «Säuberungen» mit wirtschaftlicher Bereicherung und der Ausschaltung politischer Gegner verband. Thaci ist derzeit Aussenminister Kosovos.

Erstaunlicherweise versagte die 2008 in Kosovo aufgestellte Eulex-Rechtsstaatsmission bei der Abklärung der Anschuldigungen. Weder verfügte sie über ein Zeugenschutzprogramm, noch war der Wille vorhanden, sich mit den mächtigen Männern Kosovos anzulegen. Statt

selber zu untersuchen, verlangte sie von Marty Beweise. Darauf gründete die EU 2011 die Special Investigative Task Force unter Leitung eines amerikanischen Staatsanwalts. Diese kam im Sommer 2014 zum Schluss, dass Martys Anschuldigungen von einem Gericht beurteilt werden müssten.

Früher oder später wird es zweifellos zu Prozessen kommen, Kosovo wird sich dem Druck nicht dauerhaft widersetzen können. Aber jeder Monat, der bis zum Beginn der Verhandlungen verstreicht, ist gewonnene Zeit für die Täter. Denn die Beweisführung ist massgeblich auf Zeugen angewiesen. Und diese müssen dannzumal noch willens und in der Lage sein auszusagen.

Andreas Ernst, Belgrad Prominente Beschuldigte Zahnlose Justiz